

Kinder stellen Fragen!

Landkreis. Politik wird fast immer von Erwachsenen gemacht – Doch gerade die Kinder sind zuverlässige Lieferanten für viele Fragen und Ideen rund um ihr alltägliches Leben und ihre Heimat. Die CSU-Landtagsabgeordnete Sylvia Stierstorfer ruft deshalb alle Kinder aus dem Landkreis auf, sich mit Fragen an sie zu wenden. Am Freitag, 8. Juli, um 15 Uhr fällt der Startschuss im „Trampoline“ in Pentling. Bis einschließlich Dienstag, 19. Juli, können Kinder im Alter von sechs bis zehn Jahren ihre Fragen per Mail, per Post oder per Fax an die Abgeordnete schicken. Die Frageaktion soll in einer Kinderpressekonferenz enden, die am Donnerstag, 28. Juli, um 15 Uhr im Walderlebniszentrum in Sinzing stattfindet. Dorthin werden die Kinder mit den außergewöhnlichsten und interessantesten Fragen eingeladen und können diese persönlich an Sylvia Stierstorfer richten. Sie erhalten dort eine direkte Antwort der Landtagsabgeordneten sowie ein kleines Präsent zur Erinnerung. Alle eingereichten Fragen werden schriftlich von der Abgeordneten persönlich beantwortet.

Sauer ist nicht immer lustig

Der Spruch, sauer mache lustig, stimmt nicht so ganz. Extrem Sauer wirkt nämlich so stark auf die Geschmacksnerven am Rand der Zunge, dass es fast schon weh tut. Wenn beim Biss in die Zitrone das Gesicht verzogen wird, dann ist das auch schon eine Schmerzreaktion. Etwas weniger saures Obst vermag jedoch zu einem anregenden Sinnerlebnis zu verhelfen. Sauerkirschen und Johannisbeeren sind moderate Vertreter der sauren Fraktion. Ihre Säfte löschen den Durst und beleben den Kreislauf.

Auch Bulldogs müssen Trasse nutzen können

Grünen-Abgeordnete Maria Scharfenberg kritisiert Förderkriterien für Ausbau des Labertalradweges

Landkreis. (ar) Der Grünen-Landtagsabgeordneten und Markt-rätin aus Laaber, Maria Scharfenberg, waren die Informationen rund um den Ausbau des Labertalradweges zu dürrig. Daher hatte sie die Vertreter des Amtes für Ländliche Entwicklung und des Planungsbüros Bartsch sowie den Laaberer Bürgermeister Willi Hogger und die stellvertretende Vorsitzende des ADFC, Evi Pschorr-Schoberer, zu einem Ortstermin im Labertal eingeladen, um etwas mehr Licht ins Dunkel zu bringen.

Variierende Breitenangaben und ein mangelhafter Informationsfluss hatten Maria Scharfenberg veranlasst, die Vertreter der verantwortlichen Stellen nach Laaber zu bitten. Sie war bereits von vielen besorgten Bürgern, die das Labertal in Gefahr sehen, angesprochen worden und wollte nun konkret wissen, wie weit das Projekt Radwegeausbau in der Entwicklung fortgeschritten ist und wie der Ausbau im Detail aussehen soll. Doch zuvor erinnerte der Leiter des Amtes für ländliche Entwicklung, Thomas Gollwitzer, zunächst

Kommunalpolitikertreffen der Kreis-SPD zum Thema Energiewende

Gemeinden sollen Stromnetze zurückkaufen

Chancen und Risiken bei Rekommunalisierung der Netze - Autarke Versorgung möglich

Landkreis. Jahrelang haben viele Kommunen das Angebot ihres Stromversorgers wahrgenommen und ihre Stromnetze gegen die so genannte Konzessionsabgabe abgetreten. Im Zuge der durch die Katastrophe in Fukushima verursachten Energiewende und der damit verbundenen Möglichkeit, dass sich Kommunen durchaus auch komplett selber mit erneuerbaren Energien versorgen könnten, kann es durchaus wirtschaftlich interessant - und auf jeden Fall für die Daseinsvorsorge wichtig - sein, diese Stromnetze wieder in den Besitz der Gemeinden zu bringen. Zu diesem Thema hatte die Landkreis-SPD am Donnerstag im Gasthof Krieger in Mariaort ein Kommunalpolitikertreffen anberaumt.

Wer bei einem Kommunalpolitikertreffen Kommunalpolitiker erwartet hatte, wurde allerdings, bis auf wenige Ausnahmen, enttäuscht. Kreisvorsitzender Rainer Hummel musste nämlich zuallererst sämtliche SPD-Bürgermeister (mit Ausnahme des Donaustaufers Jürgen Sommer) und sämtliche Kreisräte der Sozialdemokraten entschuldigen. Die hatten Wichtigeres zu tun, weil sie in einer Fraktionssitzung über die Fusionierung von Sparkassen in der Oberpfalz beraten mussten, über die in der nichtöffentlichen Kreistagssitzung am 11. Juli entschieden werden soll. Zu dem durchaus interessanten Referat über Chancen und Risiken der Rekommunalisierung von Stromnetzen waren



Trudl Meier-Staude von projekt21plus referierte über Chancen und Risiken bei der Rekommunalisierung von Stromnetzen. Rechts im Bild SPD-Kreisvorsitzender Rainer Hummel. (Foto: mox)

daher nur knapp 30 interessierte Gemeinderäte erschienen.

Die Kombination macht's

Trudl Meier-Staude vom projekt21plus, einem Beratungsbüro für Ökostromwechsel, versuchte in einer knappen Stunde, den Zuhörern die Notwendigkeit zu vermitteln, dass Kommunen ihre Stromnetze zurückbekommen. Bereits seit einem groß angelegten Versuch aus dem Jahr 2007, bei dem 10 000 Haushalte in einem Kombi-Kraftwerk-Szenario mit ausschließlich regenerativer Energie versorgt worden wa-

ren, stehe fest, dass es, entgegen allen anderslautenden Behauptungen von Kernkraft-Fans, durchaus möglich sei, die komplette Republik mit Strom aus Wind/Sonne/Erde/Wärme/Biomasse etwa mittels Pumpspeicherwerken zu versorgen, sagte Meier-Staude. Insbesondere das häufig verwendete Argument, man könne mit alternativen Energien das so genannte Lastprofil - also den Stromverbrauch in Spitzenzeiten, wie etwa gegen 18 Uhr - nicht abdecken, habe der Versuch widerlegt. „Alles hat jederzeit funktioniert“, erklärte die Referentin. Allerdings seien da-

für ein paar Voraussetzungen erforderlich.

Intelligente Zähler

Neben „intelligenten Stromzählern“, die in der Lage seien, je nach Angebot den jeweils günstigsten Energieträger einzusetzen, sei ein leistungsfähiges Computersystem erforderlich, das Windstrom liefere, wenn Wind weht und auf Photovoltaik umschalte, wenn ausreichend Sonneneinstrahlung vorhanden sei. „Intelligente Netze vor Ort sind viel verbrauchsärmer und haben viel weniger Leistungsverluste, weil die Wege zum Verbraucher kurz sind“, erläuterte Meier-Staude. Deshalb sei es unbedingt notwendig, dass die Kommunen ihre Stromnetze zurückbekämen.

Politisch Weichen stellen

Damit die Gemeinden den Stromkonzernen nicht hilflos ausgeliefert seien, sei im Energiewirtschaftsgesetz festgeschrieben, dass die Konzessionsverträge auf maximal 20 Jahre beschränkt seien. Damit die Kommunen ihre Netze zu einem angemessenen Preis zurückkaufen könnten und bei den Verhandlungen nicht über den Tisch gezogen würden, riet die Referentin dazu, möglichst schon etwa drei Jahre vor Auslaufen der Verträge politisch die Weichen für diese Übernahme zu stellen. Es dauere ab dann etwa drei Jahre, bis alle Voraussetzungen erfüllt und der eigene Betrieb der Netze möglich sei. Meier-Staude riet vor allem dazu, sich einen kompetenten Partner, etwa ein Stadtwerk, zu suchen, der in der Lage sei, bei den Verhandlungen mit den Konzernen auf Augenhöhe mitzureden. Auch sei es wichtig, vor der Übernahme eine Wirtschaftlichkeitsanalyse erstellen zu lassen, weil es in der Regel ziemliche Investitionen erfordere, ein Netz auf Vordermann zu bringen.

„Nicht simpel, aber machbar“

Nach Abwägung aller Vor- und Nachteile des Eigenbetriebes von Stromnetzen durch die Kommunen hielt die Referentin fest, dass es zwar „nicht simpel, aber machbar und empfehlenswert“ sei, dass Kommunen im Sinne der Daseinsvorsorge diesen Schritt täten. Donaustaufers Bürgermeister Jürgen Sommer, dessen Gemeinde vor Kurzem den alten Konzessionsvertrag mit ihrem Stromversorger um zehn Jahre verlängert hat (um, so Sommer, die Rekommunalisierung und alle damit verbundenen Notwendigkeiten ausreichend prüfen zu können), kritisierte, dass die Umstellung bei einer bestimmten Größe der Gemeinde nur schwer zu bewerkstelligen sei: „Nicht nur, dass die Konzessionsabgabe wegfällt. Es kommen auch noch die Investitionskosten dazu und man muss die erneuerbaren Energien schaffen“. Und man habe ja in den letzten Monaten gesehen, wie groß der Widerstand in der Bevölkerung gegen Windenergie- oder Biogasanlagen sei.

Kompetente Partner

Zum Abschluss nannte die Referentin noch einige Adressen von Beratungsbüros und Stadtwerken, die bereits in der Umstellungsphase seien. Unter anderem ein Büro für Energiewirtschaft (www.bet-aachen.de), die Stadtwerke Schwäbisch Hall, naturstrom, Energie in Bürgerhand und die Firma Becker Büttner Held. Im Anschluss an das Referat stellte Kreisvorsitzender Rainer Hummel noch den 14 Punkte umfassenden Leitungsantrag der Landkreis-SPD zum Thema Neue Energien vor, über den wir in unserer Ausgabe vom 17. Mai ausführlich berichtet haben. -mox-



Der Leiter des ALE, Thomas Gollwitzer, nutzte den Ortstermin an der Laaber, um Bürgermeister Hogger den Zuwendungsbescheid in Höhe von 220 000 Euro für den Ausbau des Radweges in Laaber zu überreichen (links). - Martin Wolfarth vom Planungsbüro Bartsch erläuterte den Anwesenden die Planungen anhand von Kartenmaterial (rechts). (Fotos: Arwanitaki)

